

Migrationsgesellschaft und Zivilgesellschaft

Hans Vorländer

Wenn man aus Dresden kommt, so wie ich, dann lässt sich das Thema dieses Beitrags gut an einer Bewegung veranschaulichen, die im Herbst 2014 als Facebook-Gruppe begann, sodann über die Straßen der sächsischen Landeshauptstadt zog, innerhalb kürzester Zeit beträchtlich an Umfang zunahm und dabei starke nationale wie internationale Aufmerksamkeit gewann. Die Bewegung, die sich »Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes« nannte, brachte Menschen auf die Straße, die offensichtlich gegen die Zuwanderung aus muslimischen Kulturkreisen Front machte. Aber das war nicht das einzige Motiv. Die Rufe »Volksverräter« und »Lügenpresse« wiesen auch auf fundamentale Entfremdungserfahrungen mit dem politisch-mediale System der Bundesrepublik Deutschland hin. Pegida als in Bewegung gesetzte Zivilgesellschaft, als Wegbereiterin für den Aufstieg rechtspopulistischer und rechtsextremer Strömungen und Parteien – und als Auftakt zu einer politischen Polarisierung, die in der »Flüchtlingskrise« vom Herbst 2015 einen Höhepunkt erreichte?

Pegida ist bis auf den heutigen Tag eine Protestbewegung geblieben, die öffentlich in Erscheinung tritt, die mittlerweile aber deutlich, auf etwa 1000 bis maximal 2000 Teilnehmer, geschrumpft ist – überwiegend handelt es sich um ältere Männer, zumeist aus dem Umland Dresdens, aus Ostsachsen oder Mittel- und Südsachsen oder aus den peripheren Stadtteilen Dresdens. Es ist das Ritual einer regelmäßigen Vergemeinschaftung sich abgehängt oder ausgegrenzt oder zurückgelassen fühlender Menschen geworden. Ein Pegidist sagte mir einmal: So wie andere sonntags in die Kirche gehen, so ist es meine Wallfahrt, am Montag zu Pegida zu fahren.

Pegida war am Beginn nicht nur eine Protestbewegung gegen Migration oder die »Islamisierung des Abendlandes«, von der man in Ostdeutschland ja ohnehin nur eine sehr vage Vorstellung hatte. Es war auch eine, etwas zuge-spitzt, nachholende Revolte gegen den Westen. Das zeigte sich auch in den

ersten empirischen Befragungen. Denn es war nicht der Islam oder die Asyl- oder Integrationspolitik, die als Hauptmotive des Protestes genannt wurden, sondern es war die harsche Ablehnung von Politikern und Medien. Wenn man sich die Antworten auf die Fragen nach der Motivation genauer anschaute, dann ging es vornehmlich gegen *die* westlich dominierte Politik und *die* westlich dominierten Medien. Im Protest machten sich Entfremdungsphänomene bemerkbar, die als eine Auseinandersetzung um die Deutungshegemonie von Westvorstellungen und Ostbefindlichkeiten gedeutet werden konnten. Denn was in Ostdeutschland bis zum heutigen Tag zu reflexhafter Ablehnung führt, das sind als »Bevormundung« wahrgenommene Versuche aus *dem* Westen, *den* Ostdeutschen zu sagen, was sie zu denken und wie sie sich zu verhalten haben. Das sollte dann auch in der Auseinandersetzung um Pegida selbst sehr deutlich zum Ausdruck kommen, als sich eine Gegenbewegung etabliert hatte, die die »Weltoffenheit« Dresdens, Sachsens und Deutschlands gegen die offene Fremden- und Islamfeindlichkeit zu behaupten suchte. In den politischen Auseinandersetzungen und wissenschaftlichen Deutungen zu Pegida hat sich somit etwas – wie in einem Brennglas – zu erkennen gegeben, was nunmehr in den Fokus meiner Ausführungen rücken soll: die Spaltung der Zivilgesellschaft über die Migrationsfrage.

In welchem Verhältnis stehen Migrations- und Zivilgesellschaft zueinander? Was verstehen wir unter Migrationsgesellschaft? Und welche Rolle spielt die Zivilgesellschaft darin? Ich werde mich diesen Fragen in vier Schritten annähern. Dabei lautet die *zentrale These*, auch aus den Erkenntnissen zu Pegida herrührend, dass wir zumindest von zwei Zivilgesellschaften sprechen müssen, die sich an der Immigrationsfrage, aber nicht nur an ihr, scheiden. Die Migrationsfrage spaltet, sie führt zu Mobilisierung und zu Gegenmobilisierung; und die Migrationsfrage macht deshalb Foren und Arenen der Wiedergewinnung ziviler gesellschaftlicher Auseinandersetzung notwendig. Zunächst soll jedoch die Frage gestellt werden, was es bedeutet, eine Migrationsgesellschaft zu sein.

1. Deutschland als Migrationsgesellschaft

In einer Migrationsgesellschaft mit ihrer heterogenen Bevölkerungsstruktur wird beständig über Zugehörigkeit, über Anerkennung und Teilhabe von Einzelnen und Gruppen gestritten – und das in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen: im Zugang zu Arbeits- und Wohnungsmärkten, im Bereich

von Bildung und Ausbildung. Dazu gehören auch die öffentlichen Diskurse über Werte, Regeln und Mitgliedschaft in der politischen Gemeinschaft der Bürgerinnen und Bürger. Im Grunde werden also beständig die Fragen von Inklusion sowie Ab- und Ausgrenzung miteinander verhandelt. Hieraus entwickeln sich, vor allem in Zeiten schneller und hoher Zuwanderung, politische Konflikte, die sich zu verfestigten Spaltungslinien einer Gesellschaft ausweiten können, die soziale Milieus und Gruppierungen umgreifen. In den Migrationsgesellschaften der Gegenwart sind solche »cleavages« nicht nur in Deutschland zu beobachten. Dabei können ihnen durchaus unterschiedliche Ursachen – ökonomische, soziale, demographische – zugrunde liegen, doch zeigen Untersuchungen, dass Migrationsfragen, also die Auseinandersetzung über das Maß und die Zusammensetzung von Zu- und Abwanderung sowie über Zielrichtung und Maßnahmen der Integration, verschärfenden, katalysatorischen Charakter haben können. Durch sie werden schon bestehende Konfliktlinien sichtbar gemacht oder aber kulturell aufgeladen. Der Konkurrent um den Arbeitsplatz, die Wohnung oder die Sozialleistung wird beispielsweise – ethnisch – als *der Türke* oder – religiös – als *der Muslim* markiert. Wo es dann um solche Zuschreibungen geht, werden gesellschaftliche und politische Auseinandersetzungen »essentialistisch«: Religiöse, kulturelle, ethnische Identitätsbehauptungen konstruieren Mechanismen und Polarisierungen von Ein- und Ausschluss, von »wir« und die »anderen«.

Bei diesen Auseinandersetzungen geht es dann nicht mehr um rationale, zu Kompromissen führende Interessenausgleiche. Wo es um Identitäten, beziehungsweise um Identitätsbehauptungen geht, ist es schwer, in einem Prozess der Aushandlung das, was ich von mir oder meiner Gruppe denke, also mein oder ein kollektives Selbstverständnis, zur Disposition zu stellen. Über Identitäten lässt sich nicht verhandeln. Das ist genau der Zusammenhang, in dem Rechtspopulisten agieren, weil sie es verstehen, Migrationsfragen auf diese Weise identitätspolitisch aufzuladen, sie zu kulturalisieren, zu ethnisieren und zu Feindkonstruktionen zu schmieden. Der Rechtspopulismus ist in der Lage, eine Semantik anzubieten für scharfe, essentialistische Unterscheidungen, die dann zu diskursiven Eskalierungsspiralen führen können, wo ihnen, in sachlich berechtigter Weise, wenngleich oftmals in moralisierender Rhetorik, Identitätsbehauptungen anti-rassistischer oder anti-faschistischer Provenienz entgegengestellt werden.

Ist Deutschland eigentlich eine Migrationsgesellschaft? Das ist eine Frage, die gar nicht so leicht zu beantworten ist, wenn man sich den öffentlichen Diskurs anschaut. Lange Zeit ist das Faktum der Migration, vor allem der

Zuwanderung, aus humanitären Gründen wie solcher der Arbeitssuche oder Arbeitsaufnahme, im öffentlichen Diskurs beschwiegen worden. Vielfach war von »Gastarbeitern« die Rede, von denen angenommen wurde, dass sie nach einiger Zeit das Land wieder verlassen. Das änderte sich erst im Jahr 1999, in dem ein neues Staatsangehörigkeitsgesetz verabschiedet wurde, das am 1. Januar 2000 in Kraft trat. Darin wurde zum ersten Mal anerkannt, dass diejenigen, die zugewandert sind und dauerhaft im Land zu verbleiben beabsichtigen, ein erleichtertes Recht auf Einbürgerung haben sollten; dabei ist das die Verleihung der Staatsbürgerschaft lange Zeit bestimmende Abstammungsprinzip, das *ius sanguinis*, durch das Geburtsortprinzip, das *ius solis*, ersetzt bzw. ergänzt worden. Das markierte einen ersten entscheidenden Paradigmenwechsel. Der zweite hat vor kurzer Zeit stattgefunden, nämlich bei den Beratungen zum Facharbeitereinwanderungsgesetz. Zum ersten Mal taucht hier der Begriff der »Einwanderung« zur Bezeichnung eines Gesetzes auf.

Gleichwohl muss natürlich festgehalten werden, dass Deutschland, genauer: Westdeutschland, eigentlich seit 1945/49 bereits verschiedene Wellen von Zuwanderung zu verzeichnen hatte. Zuerst zwölf Millionen Flüchtlinge aus den ehemaligen Ostgebieten Deutschlands, dazu aus der Sowjetischen Besatzungszone und der 1949 gegründeten DDR rund drei Millionen. Später kamen ca. fünf Millionen »Gastarbeiter« aus Italien, Spanien, Portugal, Griechenland, Jugoslawien und der Türkei hinzu. In den 1990er Jahren kamen aus Ostmitteleuropa, vor allem infolge der Auflösung der Sowjetunion und des Jugoslawienkrieges, etwa 2,5 Millionen Menschen nach Deutschland, als »Spätaussiedler«, als Asylbewerber oder zur Arbeitsaufnahme. Gerade als Reaktion hierauf und auf die ausländerfeindlichen Übergriffe, Morde (in Mölln und Solingen) und Protestaktionen (in Rostock-Lichtenhagen und Hoyerswerda) wurde das Asylrecht deutlich verschärft und durch das sogenannte »Dublin-Abkommen« das Problem der Zuwanderung aus Nicht-EU-Staaten an die Außengrenzen der EU, vor allem nach Italien und Griechenland, ausgelagert – und damit unsichtbar zu machen versucht.

Deshalb kam es dann 2015 mit der sogenannten Flüchtlingskrise zu einer Schockerfahrung – denn eine Schockerfahrung war es, wenn man sich die damalige Situation noch einmal in Erinnerung ruft. Über 50 Prozent der befragten Bürgerinnen und Bürger stimmten der Aussage zu, dass es einen Kontrollverlust des Staates über die Zuwanderung gegeben habe; und etwa 50 Prozent verbanden mit der Migration vor allem sehr starke Sorgen, nicht zuletzt um den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das änderte sich wieder, aber die Mehrheit befürwortet nach wie vor eine Begrenzung der Zuwande-

rung. Vor allem verschärfte sich der politische Diskurs, und der Widerstand gegen die Migrationspolitik der Bundesregierung und der im Bundestag vertretenen Parteien formierte sich in den sozialen Netzwerken, auf öffentlichen Plätzen und im Parteiensystem. Dabei wurden dort die Grenzen zwischen demokratisch legitimen Protest und physischer Gewaltausübung überschritten, wo es zu tätlichen Übergriffen auf Asylunterkünfte oder Migrantinnen und Migranten kam. Die Zahl politisch motivierter Gewalt stieg exponentiell an.

Insofern war die sogenannte Flüchtlingskrise des Jahres 2015 tatsächlich, wie Ivan Krastev formuliert hat, ein »9/11-Moment« – nicht nur für die Bundesrepublik Deutschland, doch kam es besonders hier zu einer scharfen Polarisierung in Gesellschaft und Politik. Damit ist auch zur zentralen Frage geworden, ob sich die Bundesrepublik Deutschland nun als eine Migrationsgesellschaft beschreiben will, in der politische Anerkennungs-, Zugehörigkeits- und Teilhabefragen kritisch und offen verhandelt werden, um politische Konzepte für Migration und Integration in demokratischer Weise zu entwerfen – oder ob sie sich an der Vorstellung einer vermeintlich durch Homogenität, Tradition und Herkunft geprägten »Leitkultur« zu orientieren gewillt ist, in der es vor allem Aufgabe der Zugewanderten ist, sich der wie auch immer zu definierenden »Mehrheitsgesellschaft« anzupassen. Am empirischen Befund einer Migrationsgesellschaft, die hohe Zu- und Abwanderung – auch aus und in den EU-Raum – zu verzeichnen hat und die nicht zuletzt aus demographischen Gründen auf Arbeitsmigration angewiesen ist, kann indes nach den Erfahrungen der letzten Jahre – und angesichts weltweiter Migrationsströme – kaum gezweifelt werden.

2. Migration mobilisiert

Migration mobilisiert, und das in zwei Richtungen. Zum einen mobilisiert sie in Form des zivilgesellschaftlichen Engagements, so in der Flüchtlingshilfe. Sie hat darüber hinaus zu einer Willkommens- und Anerkennungskultur beigetragen, die Deutschland in jenen Tagen und Wochen entwickelte. Auf der anderen Seite war gleichzeitig aber eine zunehmende Verhärtung derjenigen zu beobachten, die sich gegen die »Willkommenskultur«, gegen die Politik Angela Merkels, die Flüchtlingshilfe und die Zuwanderung positionierten.

Zum Engagement in der Flüchtlingshilfe wissen wir aus Forschungsprojekten etwas über den Umfang, die Motivation und die sozio-demographische Zusammensetzung der Beteiligung (siehe dazu auch die Beiträge von

Poweleit und van den Berg et al. *in diesem Band*). Wir können davon ausgehen, dass sich etwa sieben bis acht Prozent der deutschen Bevölkerung sehr aktiv in der Flüchtlingshilfe beteiligt haben (dabei bleiben Geld- und Sachspenden unberücksichtigt), in Westdeutschland war das Engagement größer als in Ostdeutschland, und je höher der formale Bildungsgrad, desto höher war auch die Beteiligung. Engagiert haben sich viele zunächst in informellen Kontexten und damit nicht in Kirchen oder Wohlfahrtsverbänden. Davon haben 84 Prozent in einer Allensbach-Umfrage angegeben, das Motiv für ihr Engagement sei soziale Gerechtigkeit; 23 Prozent der Befragten führten an, sich dadurch am politischen Leben beteiligen zu wollen, und dies gerade in den schwierigen Wochen des Herbstes 2015. Gearbeitet haben die freiwilligen Helfer nach eigenen Angaben etwa 5 bis 6 Stunden in der Woche. 88 Prozent gaben an, sie hätten ein gutes Verhältnis zu den Flüchtlingen; aber: 28 Prozent sagten, dass sie angefeindet worden seien von anderen Mitgliedern der Bevölkerung oder aus ihrem sozialen Nahbereich.

Die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe war sicherlich einer der wichtigsten Faktoren bei der Bewältigung der unmittelbaren Probleme bei Aufnahme und Versorgung von Geflüchteten, bei Fahrdiensten, in der Begleitung bei Gängen zu Ämtern, bei der sprachlichen Verständigung und bei der Betreuung sog. unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter. Dabei hat sich auch, wie erste Studien zeigen, ein neues Verhältnis zwischen Zivilgesellschaft und der Verwaltung, vor allem auf kommunaler Ebene, herausgebildet. So lassen sich hier Muster einer »neuen Governance« im Bereich von Ersthilfe und Integrationsmaßnahmen beobachten. Zwischen den Ehrenamtsstrukturen der Zivilgesellschaft, der Wohlfahrtspflege und lokalen Verwaltungen hat sich ein sehr enges Koordinationsverhältnis herausgebildet, das für manche Kommunen eine ganz neue Erfahrung darstellt. In Ostdeutschland beispielsweise besaß man keine oder nur äußerst geringe Erfahrung, wie man in kurzer Zeit mit der Zuweisung einer hohen Zahl von Geflüchteten umgehen sollte. Das erklärt im Übrigen auch manche heftigen Gegenreaktionen in der ersten Zeit. Aber es hat dann doch sehr schnell auch in einigen, wenngleich nicht in allen Kommunen eine sehr aktive Zivilgesellschaft in Form von Helferkreisen gegeben, die mit den Kommunen Formen unterstützender Kooperation zu entwickeln wussten. Dadurch hat sich etwas verändert zwischen den zivilgesellschaftlichen Akteuren und den staatlichen administrativen Strukturen, vor allen Dingen auch die Anerkennung des freiwilligen Engagements durch die Kommunen. Dadurch ließen sich auch in präventiver Weise potenzielle Interessenkonflikte vermeiden.

Interessant ist auch, wie groß das Engagement von Personen mit Migrationshintergrund ist. Hierzu gibt es auch einige wenige Studien. Zwei Aspekte sind vor allen Dingen wichtig. Zunächst gibt es einen markanten Unterschied: Personen mit Migrationshintergrund sind stärker in den eigenen Migranten-Communities engagiert. Sie arbeiten eher in informellen sozialen Netzwerken im Umfeld von Verwandtschaft und Nachbarschaft und in Bereichen der gegenseitigen Hilfe und Selbsthilfe in den jeweiligen ethnischen Gemeinschaften. Mit zunehmender Dauer des Aufenthaltes zeigt sich aber, zweitens, dass es eine große Bereitschaft gibt, sich auch außerhalb der eigenen ethnischen oder migrantischen Community zu engagieren. Migranten engagieren sich zunehmend in der Mehrheitsgesellschaft und in zentralen gesellschaftlichen Bereichen, so dass Grund zur Annahme besteht, dass es im Generationenverlauf, mit der zweiten Generation, im Hinblick auf das zivilgesellschaftliche Engagement Angleichungsprozesse im Verhalten zwischen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund gibt.

3. Spaltet Migration?

Mein dritter Punkt beschäftigt sich mit der Frage: Spaltet Migration Gesellschaften? Sind Fluchtbewegungen die Ursache für politische Polarisierungen, wie sie in Deutschland zwischen einer »Willkommenskultur« hier und den Kritikern dort erkennbar geworden ist? Die Antwort ist komplex, auch wenn *prima facie* der Eindruck entstanden sein mochte, dass die Ereignisse vom Herbst 2015 die Verwerfungen in den Gesellschaften und zwischen den Staaten Europas bewirkt hätten. Unbestritten ist, dass infolge der sogenannten Flüchtlingskrise von 2015 der Rechtspopulismus in Deutschland, auch der Rechtsextremismus, an Terrain gewonnen haben und politisch motivierte Gewalt signifikant zugenommen hat. Das zeigt der Zugewinn an Stimmen für die AfD bei Landtags- und Bundestagswahlen, das belegen die Fallzahlen im Bereich von Hassgewalt, der Tötlichkeiten gegenüber Asylbewerberheimen, Flüchtlingen, Ausländern und vermeintlich »fremd« aussehenden Menschen in Deutschland. In Ostdeutschland sind die Zuwächse im Übrigen stärker ausgefallen als in Westdeutschland, wenngleich hier die offiziellen Statistiken für einige Bundesländer ebenfalls erschreckend hohe Zahlen ausweisen.

Des Weiteren ist ohne Frage infolge der Zuwanderung von 2015 der öffentliche Diskurs entschieden rauher geworden, haben sich Hass, Hetze und Herabwürdigung in den sozialen Netzwerken verbreitet. Zugleich hat Migra-

tion nicht nur in Deutschland sondern auch in anderen europäischen Ländern zu Spaltungseffekten geführt. Ivan Krastev argumentiert, dass es eine neue Spaltung zwischen West/Nordeuropa auf der einen und Ost/Mitteuropa auf der anderen Seite gibt. In der Tat hat sich bei der Frage der Verteilung und der Aufnahmequoten von Flüchtlingen in Ostmitteleuropa eine Resistenz gezeigt, die im Wesentlichen darauf zurückzuführen ist, dass Immigration vor allem aus Nicht-EU-Staaten in diesen Ländern abgelehnt wird. In den anderen EU-Staaten sieht das anders aus, aber auch dort war zwischenzeitlich, so in der Jahreswende 2015/16, die Skepsis gegenüber Zuwanderung größer geworden.

Wie kann man erklären, dass es zu diesen Mobilisierungen, Polarisierungen und Spaltungstendenzen gekommen ist? Eine Möglichkeit der Erklärung besteht darin anzunehmen, dass die Bevölkerung *in toto* skeptischer, gar ablehnend, gegenüber Einwanderung geworden ist und sich durch die sogenannte Flüchtlingskrise 2015 die Einstellungen gegenüber Migration erheblich zum Negativen hin verändert haben. Das aber ist nicht der Fall: Ausweislich der kontinuierlich erhobenen Daten des Eurobarometers sind seit 2015 die Einstellungen gegenüber Migration in den europäischen Staaten, auch in Deutschland, nicht negativer geworden. Im Gegenteil, sie sind gegenüber Flüchtlingen sogar positiver geworden. In den Eurobarometer-Daten gibt es jedoch einen kleinen Einbruch zu Beginn des Jahres 2016, da gehen die Zustimmungsraten etwas herunter. Aber dann steigen sie wieder, und sie sind heute höher als vor 2015. Gewiss, andere Befragungen lassen eine klare Tendenz erkennen, dass der Zuzug von Flüchtlingen in irgendeiner Weise zu begrenzen sei. Aber es ist kein Anwachsen xenophober oder islamophober Einstellungen zu registrieren. Etwas anderes gilt für Ost- und Mitteleuropa. In diesen Staaten wird vor allem die Einwanderung aus Nicht-EU-Staaten über Jahre konstant entschieden negativer beurteilt.

Es kann also, zumindest für die Staaten Nord-, West- und Südeuropas nicht an den Einstellungen der Bürger liegen. Hingegen liegt es – so meine These – an der Bedeutung des Themas Integration und Migration in der Öffentlichkeit. Das hängt sehr stark davon ab, wie die Medien solche Themen behandeln. Man kann beobachten, dass die Mediennennungen seit dem Herbst 2015 erheblich zugenommen haben. Und bei Befragungen nach dem wichtigsten politischen Thema stand Migration lange Zeit auf Platz eins. Das ist mittlerweile wieder etwas anders. Andere Themen wie Sicherheit, Bildung, Erziehung oder auch Arbeitsplätze spielen wieder eine größere Rolle. Aber ganz ist das Thema Migration nicht aus dem Fokus der Befragten verschwun-

den. Wenn dieses Thema als so bedeutsam angesehen wird und eine so große Medienresonanz erzeugt wird, dann gibt es für politische Akteure, in diesem Fall rechtspopulistische oder rechtsextreme politische Parteien, eine günstige Gelegenheit, dieses Thema für sich zu nutzen, es zu skandalisieren und auf diese Weise Gefolgschaft zu mobilisieren. So wird man von einer Wirkungskette sprechen können: Die plötzliche, schnelle und große Fluchtbewegung des Herbstes 2015 hat dem Thema Migration in den Medien und in der Öffentlichkeit eine besondere Aufmerksamkeit verschafft – vor allem auch, weil es zuvor weitgehend »unsichtbar« geblieben war –, was es wiederum migrationsfeindlichen zivilgesellschaftlichen und politischen Akteuren leicht machte, mit der Migrationsfrage verbundenen Ängste, Befürchtungen und Ressentiments in Teilen der Bevölkerung zu mobilisieren.

Sicherlich wäre es verkehrt, in der Migration die Ursache für gesellschaftliche Spaltungen und politische Polarisierungen zu sehen. Migration aber ist ein Katalysator für den schnellen Aufstieg des Rechtspopulismus in den letzten Jahren gewesen. Und gleichzeitig hat die Migrationsthematik wie ein Brennglas gewirkt, in dem soziale Verwerfungen deutlicher sichtbar wurden: Erstens solche kultureller Natur, vor allem die Unterschiede zwischen urbanen, weltoffenen und liberalen Lebensformen auf der einen Seite und traditionellen, wertkonservativen und regional bestimmten Lebensstilen auf der anderen Seite; zweitens solche sozioökonomischer Natur, zwischen, grob formuliert, den Gewinnern und den Verlierern im Prozess von Globalisierung und Digitalisierung; und drittens schließlich solche zwischen junger Bevölkerung in verdichteten urbanen Räumen und einer immer älter werdenden Bevölkerung in den peripheren Regionen, die sich vielfach – so auch durch den öffentlichen Verkehr, die Gesundheitsversorgung oder staatliche Dienstleistungen – abgehängt fühlen. Dies sind nur Beispiele von strukturellen Spannungen, die sich diskursiv und politisch entladen haben und die wiederum zu einer Polarisierung zwischen sich verfestigenden Milieus führen – mit ganz unterschiedlichen Formen zivilgesellschaftlicher Aktivität.

4. Wie kann man diese Spaltungen überwinden?

So ohne weiteres lassen sich die gegenwärtig beobachtbaren Spannungen nicht beheben, deshalb geht es darum, sie einzuhegen. Das Entscheidende wird sein, eine zivilgesellschaftliche Streitkultur zu entwickeln – oder dort, wo sie (noch) vorhanden ist, zu erhalten und zu stärken. Es wird darum ge-

hen müssen, mittels Dialogforen, demokratischen Aktions- und politischen Mediationsformen sowie dem Knüpfen von Netzwerkstrukturen Auswege aus den identitätspolitischen Schützengräben mit ihren Feindbildkonstruktionen und Angstszenerien zu finden. Ohne Toleranz, Respekt und Kooperationsbereitschaft lässt sich auf Dauer eine demokratische Gesellschaft der Vielfalt nicht aufrechterhalten. Die Gleichzeitigkeit von Solidarität und Empathie auf der einen Seite, und von Wut, Hass und Verachtung auf der anderen Seite, wie sie infolge der Ereignisse vom Herbst 2015 festzustellen war, hat Demokratie und Zivilgesellschaft in Deutschland einer harten Bewährungsprobe ausgesetzt.

Literaturhinweise

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2017): Engagement in der Flüchtlingshilfe – Ergebnisbericht einer Untersuchung des Instituts für Demoskopie Allensbach. Berlin: BMFSFJ.
- Dennison, James/Geddes, Anthony (2018): A Rising Tide? The Salience of Immigration and the Rise of Anti-Immigration Political Parties in Western Europe. In: *The Political Quarterly*, 90(1), S. 107-116.
- Karakayali, Serhat (2018): Ehrenamtliches Engagement für Geflüchtete in Deutschland. IMIS (Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien), Flucht: Forschung und Transfer. State of Research Papier 09. Osnabrück: IMIS.
- Klie, Thomas/Klie, Anna Wiebke (Hg.) (2018): Engagement und Zivilgesellschaft. Expertisen und Debatten zum Zweiten Engagementbericht. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Krastev, Ivan (2017): *Europadämmerung*. Berlin: Suhrkamp.
- MIDEM (Mercator Forum Migration und Demokratie): Migration und Populismus. MIDEM Jahresbericht 2018. Hg. von Hans Vorländer, Dresden.
- Vorländer, Hans/Herold, Maik/Schäller, Steven (2016): *Pegida. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung*. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Vorländer, Hans/Herold, Maik/Schäller, Steven (2018): *Pegida and New Right-Wing Populism in Germany*. Cham: Palgrave Macmillan.